

Die Schweiz ist immer noch sicher

Wann ist Sicherheit höher zu gewichten als Freiheit? In der Vogtei Herrliberg diskutierten Experten und Politiker über die Terrorgefahr in Europa, die möglichen Auswirkungen auf die Schweiz und das neue Nachrichtendienstgesetz.

Pass-a Wiederkehr

Die Terroranschläge in Paris, die gewaltsame Silvesternacht in Köln, der stark gewachsene Flüchtlingsstrom – das Thema Sicherheit hat in Europa stark an Brisanz gewonnen. Als das Fussball-Länderspiel in Hannover zwischen Deutschland und den Niederlanden im vergangenen November abgesagt wurde, verteidigte die Bundeskanzlerin Angela Merkel das Vorgehen der Sicherheitsbehörden. Es sei «im Zweifel für die Sicherheit» entschieden worden.

Unter dem Titel «Sicherheit statt Freiheit?» hatte man nun am Montagabend in der Vogtei Herrliberg geladen. Das erklärte Ziel war, herauszufinden, welchen Preis die Schweiz für ihre Sicherheit zu zahlen bereit ist. Darüber diskutierten Kurt Spillmann, emeritierter Professor für Sicherheitspolitik und Konfliktforschung an der ETH Zürich, Daniel Blumer, Kommandant der Stadtpolizei Zürich, Fotograf Joseph Khakshouri und JUSO-Präsident Fabian Molina. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion durch Oliver Rappold.

Erleuchtung für das Publikum

«Haben Sie uns gerne erleuchtet?», fragte Moderator Rappold gleich zu Beginn das Publikum und bezog sich damit auf die Beleuchtung, die noch nicht perfekt eingestellt war. Die Zuschauer quittierten die ungewöhnliche Begrüssung mit verhaltenem Lachen. Für die Mehrheit schien klar, dass sie selbst erleuchtet werden wollten. «2015 haben sich 85 Prozent der Bevölkerung in der Stadt Zürich



Daniel Blumer, Joseph Khakshouri, Moderator Oliver Rappold, Kurt Spillmann und Fabian Molina. Foto: ew

sicher gefühlt», zitierte Stapo-Kommandant Daniel Blumer eine Umfrage. Diese sei jedoch noch vor den Anschlägen in Paris durchgeführt worden. Blumer: «Das subjektive Sicherheitsgefühl hat sich verändert.» Er stellte aber gleich klar, dass es objektiv gesehen in der Schweiz immer noch gleich sicher sei wie vor einem Jahr: Durch Massnahmen wie erhöhte Polizeipräsenz könne das subjektive Sicherheitsgefühl erhöht werden, obwohl es aus objektiver Sicht gar nicht nötig wäre. Auch JUSO-Präsident Molina fühlt sich in Zürich sicher. «Wenn ich morgens um neun Uhr Sicherheitspersonal sehe, frage ich mich aber, was los ist», so Molina. Man habe eine Tendenz, Unsicherheit zu schaffen. Für Spillmann ist hingegen klar, dass die Sichtbarkeit von Ordnungshütern der Bevölkerung ein besseres Gefühl geben könne. Spillmann: «Is braucht vernünftige Massnahmen, ohne Freiheiten zu verlieren.» Weil die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft unglaublich gross sei, brauche es auch massvolle Prävention. Erst im vergangenen Jahr hatten sich National- und Ständerat für das Nachrichtendienstgesetz (NDG) ausgesprochen. Weil es die Privatsphäre untergrabe, ergriffen die Jungsozialisten jedoch das Referendum. Unterstützt werden sie auch von ihrer Mut-

terpartei – obwohl lange nicht alle SP-Delegierten mit diesem Entscheid glücklich sind. So erinnerte Spillmann Molina daran, dass der Ständerat Daniel Jositsch für das neue Gesetz sei. Laut Spillmann würden auch die Verbrecher immer den aktuellsten Stand der Technologien benutzen. «Das neue Gesetz ist in einem Kompromissfindungsprozess im Parlament erarbeitet worden.» Maximale Freiheit und maximale Sicherheit gebe es nicht, es brauche eine Balance, erklärt Spillmann.

Einschränkung der Freiheit

Gerade die Freiheit sieht Molina durch das NDG stark gefährdet. Der Schweizer Nachrichtendienst könnte künftig unter anderem präventiv Telefongespräche abhören und E-Mails mitlesen. Bisher dürfen die Behörden nur bei der Verfolgung schwerer Straftaten Telefone anzapfen. «Alle grenzüberschreitenden E-Mails dürfen überwacht werden», so Molina. Da eine Mehrheit der elektronischen Kommunikation in der Schweiz über das Ausland übermittleit wird, betrifft dies auch ein grosser Teil der Bevölkerung. Laut dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport werden Personendaten, die keinen Bezug zur Bedrohungsphase haben vernichtet. Auf die Frage eines Zuschauers, weshalb es Molina denn

störe, wenn seine Daten präventiv gesammelt würden, hatte der Jungpolitiker gleich eine Antwort bereit: «Mein WC hat eine Türe. Die ist in der Regel zu.» Es gebe gewisse Dinge, die nicht alle wissen müssten. Die Erfahrung mit der Fichonaffäre habe gezeigt, dass solche Systeme missbraucht werden könnten. Mit dieser Haltung stand Molina aber weitgehend alleine da. Neben Spillmann sprach sich auch Blumer für das neue Gesetz aus. «Informationsbewertung hat schon in verschiedenen Situationen geholfen, Risiken zu verhindern», sagt Blumer. Das Gesetz sei deshalb notwendig, um Terror in der Schweiz zu verhindern.

Für den Fotografen Joseph Khakshouri, der unter anderem in der Krisenregion Syrien gearbeitet hat, ist die Freiheit wichtig, jedoch brauche es auch Regeln. Er habe einen Zug mit 850 Flüchtlingen von Salzburg nach Deutschland begleitet und sei nie nach Papieren gefragt worden. Obwohl auf diese Annurkung eine kurze Diskussion zum Thema Flüchtlinge und Terrorismusgefahr entfachte, blieb die Lage in Syrien und ihre Auswirkungen auf die Schweiz eher eine Randnotiz. Auch insgesamt war es für die Gäste schwer, eine klare Antwort auf die Frage zu geben, wie Sicherheit und Freiheit zueinanderstehen sollten.

AUF EIN WORT

Roger Suter

Das Volks-Ja zur Kulturlandinitiative gilt nichts. Die Umsetzung wird verzögert und verwässert. Jetzt müssen die Stimmberechtigten dafür sorgen, dass «die da oben» den Volkswillen respektieren und ohne Wenn und Aber rasch umsetzen!

So fönite es vor zehn Tagen im Zürcher Kantonsrat, als es um die Umsetzung der Initiative ging. Diese haben die Zürcher Stimmberechtigten 2012 angenommen, um Kulturland – also fruchtbares Land, auf dem geerntet werden kann – vor Überbauung zu schützen und sich stattdessen auf Zentrumsgebiete und Städte zu konzentrieren.

Volkswille à la carte

Aber halt, da ist mir etwas durch-einandergelaten: Den ersten Satz habe ich nicht im Zusammenhang mit der Kulturlandinitiative gelesen, sondern mit der Ausschaffungsinitiative der SVP. Ersetzen Sie deshalb die eine durch die andere, dann stimmt wieder.

Dem tatsächlich weigert sich die bürgerliche Mehrheit im Zürcher Kantonsrat, in der die SVP 54 der 180 Mitglieder stellt, den Volkswillen betreffend Kulturland umzusetzen. Ob die neuen Gesetze, die als Folge der Initiative zur Debatte stehen, tatsächlich «überflussig» oder gar «schädlich» sind, da sie die Entwicklung behindern, kann getrost dahingestellt bleiben. Insbesondere ist, dass der Volkswille offenbar nur dann zu befolgen ist, wenn es in den eigenen Kram passt. Da hilft auch ein Urteil des Bundesgerichts – immerhin unsere ärgsten höchsten Richter – nichts, das das Zürcher Parlament zur Behandlung des Gesetzes verpflichtet. Die Richter befanden die Vorlage als materiell begründet, während sie der Präsident der verberat-

